

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 26 (2006)
Heft: 50

Artikel: Die (neue) Linke und die Frauenfrage
Autor: Reymann, Christiane
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652141>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die (neue) Linke und die Frauenfrage

Spätestens im Juni kommenden Jahres wird eine neue linke Partei in Deutschland gegründet. Darin sind sich WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit) und Linkspartei.PDS einig. Wird es nur eine andere Partei im Spektrum der Linken? Oder wird es eine politisch, strategisch, kulturell neue politische Kraft? Symptomatisch für die politische Ausrichtung dieses Formierungsprozesses ist das Verhältnis zur „Frauenfrage“.

Vor einem Jahr erst setzte Gerhard Schröder, damals noch Kanzler, überraschend Neuwahlen durch. Sein Coup hatte eine unbeabsichtigte Nebenwirkung. Er setzte links der SPD die Hoffnung auf eine Linke frei, die sich endlich nicht mehr in ihre Klein- und Kleinstteile zerlegt, sondern den Willen zu Gemeinsamkeiten zeigt. Das beflügelte sehr viele Menschen, Gruppen und Grüppchen. Sie kamen aus ihren Initiativen, Gewerkschaften, Bündnissen, von ihren Lehrstühlen, Diskussionsgruppen und nicht zuletzt aus ihren frauenpolitischen Netzwerken, um etwas für dieses Projekt zu tun, wissend, dass sie nur eine relativ kurze Frist haben, diese historische Chance zu ergreifen – oder sie verstreichen zu lassen, auf dass sie sich nicht so bald wieder blicken ließe. Was damals begann, deutete einen kulturellen und politischen Bruch mit der Selbstdefinition der alten Bundesrepublik an, die kommunistische, sozialistische Gruppen und alle, die mit ihnen zu tun hatten, aus dem Verfassungsbogen ausschloss.

„Der Wind beginnt sich zu drehen. Er hebt den Mantel der Alternativlosigkeit, der in den letzten Jahren jeden frischen Gedanken erstickte“, schrieben mitten im Bundestagswahlkampf 2005 unorganisierte und Frauen aus WASG und Linkspartei in einem Aufruf zum *Linken Frauen-Aufbruch*.¹ Die neue politische Kraft aber „können wir nicht allein den Parteien WASG und Linkspartei überlassen und nicht allein den Männern.“ Bei ihrem Ratschlag im September 2005 wurden sie deutlicher und schrieben in ihrer Erklärung: „Die neue Linke wird feministisch oder sie wird nicht links.“²

Feministisch ist sie noch nicht; aber es gibt sie ja auch noch nicht, die neue Partei der Linken. Im Bundestag agiert die Fraktion DIE LINKE³ mit Mitgliedern von WASG, Linkspartei und Unorganisierten. Sie hat die charismatische Doppelspitze von Gregor Gysi (Ex-Parteivorsitzender der PDS) und Oskar Lafontaine (Ex-Parteivorsitzender der SPD), beide Doppelmitglied in WASG und Linkspartei.⁴ Im Herbst dieses Jahres sollen die Entwürfe von Programm, Statut, Finanzen vorliegen, schlägt die Steuerungsgruppe aus beiden Parteien vor.⁵ Damit befassen sich im Frühjahr 2007 parallel die Parteitage von WASG und Linkspartei. Urabstimmungen und Gründung sind für Mai/Juni 2007 vorgesehen.

Vorarbeiten zum inhaltlichen Profil sind die „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“⁶, von der gemeinsamen Programmkommission der zwei Parteien im Februar veröffentlicht. Am 2. Juni folgten der Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky und Katja Kipping, die Geschäftsführenden Bundesvorstände der WASG, Klaus Ernst und Felicitas Weck, und die beiden Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, mit ihrem „Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“.⁷ Die WASG kommt aus gewerkschaftlichen, linkssozialdemokratischen Traditionen, die Linkspartei aus staatssozialistischen/kommunistischen. Die Mitglieder der einen leben mehrheitlich im Westen, die der anderen im Osten Deutschlands.

Ost- und Westfrauen – fremde Schwestern oder voneinander Lernende?

Alle soziologischen Forschungen, alle Meinungsumfragen belegen: Ost und West sind noch nicht zusammengewachsen, in den Lebensverhältnissen nicht und nicht in den Haltungen, Auffassungen, Lebensweisen. Im Frauenleben sind die Ost-West-Unterschiede am größten. Im Westen war das kulturelle Muster der Hausfrauenehe dominant, ergänzt um den „doppelten Lebensentwurf“: Erst Hausfrau und Mutter und dann erwerbstätig oder umgekehrt. Demgegenüber sind Ostfrauen 1989/90 mit einem deutlichen Gleichstellungs- und Modernisierungsvorsprung in die staatliche Vereinigung gestartet. Sie wirkt nach – bis in die Einzelheit des Lohnniveaus. Im Durchschnitt verdienen Frauen in Deutschland ein Viertel weniger als Männer. In Ostdeutschland aber beträgt die Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen nur ein Zehntel.⁸ In der DDR waren Frauen besser qualifiziert, sie arbeiteten auch in „Männerberufen“. Sie lebten ganz überwiegend die „synchrone Vereinbarung von durchgängiger Vollerwerbsarbeit und Mutterschaft“.⁹ Ökonomisch unabhängig, brauchten sie den Mann nicht als Ernährer, die Scheidungsrate in der DDR war die höchste der Welt. Alleinerziehende Mütter waren gesellschaftlich anerkannt, sie konnten ihren Kinderwunsch mit Studium/Ausbildung/Beruf verbinden.¹⁰

Diese Erfahrungen weiblicher Emanzipation prägten die Programmatik und Praxis der PDS respektive Linkspartei. In den Anfangsjahren war sie verbunden mit einer lebhaften Kritik am dogmatischen Marxismus, der die „Frauenfrage“ in die Nische der „Nebenwidersprüche“ placierte hatte. Indem jetzt Frauen aus Bewegungen, aus WASG und Linkspartei aufeinander zugehen, sind sie bereit, sich auf ihre unterschiedliche Geschichte und Geschichten einzulassen. Denn die historischen Fortschritte in der DDR „wurden im Kern erreicht durch staatliche Leistungen, kaum durch Druck von den Frauen selbst; es bestimmte „der vormundschaftliche Staat“. Frauen in der DDR waren insofern eher Objekte als Subjekte von entspre-

chenden „progressiven Veränderungen“.¹¹ Bis heute ist in Ostdeutschland der Begriff „Feminismus“ eher negativ besetzt. Westfrauen hingegen reflektieren ihre Geschichte als Aufbegehren und Kampf, einschließlich aller Verklärungen, die im Rückblick das Bild zum Strahlen bringen.

Auf den *Linken FrauenAufbruch* von 2005 folgte am 28. April 2006 das *Frauenplenum*¹² in Halle an der Saale, gedacht als frauenpolitisches Signal an die Parteitage von WASG und Linkspartei, die tags darauf in Halle und Ludwigshafen zusammenkamen. Die Initiative dazu hat LISA ergriffen, die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der Linkspartei¹³, aufgerufen haben 222 Frauen und auch einige Männer.

Als Kontaktadresse zum *Frauenplenum* habe ich viele persönliche Mail erhalten. Von der kurzen Notiz: „Endlich – wunderbar – bitte setz meinen Namen ganz schnell unter den Aufruf zum Frauenplenum“ bis zu eindringlichen Lebensgeschichten. Eine Aufruferin, Mutter von fünf Kindern, hatte sich bewusst für eine Familienphase entschieden, sich dabei mit Minijobs oder ergänzender Sozialhilfe über Wasser gehalten. Als sie mit 40 ins Berufsleben zurückkehren will, gilt sie als zu alt, ihre Altersarmut ist garantiert. Sie meint, „Frauen sollten selbst entscheiden dürfen (Männer natürlich auch), wie viele und wie lange sie Kinder erziehen wollen und dafür mit einem Bürgergeld o.ä. abgesichert sein.“

Eine andere Frau schreibt: „Meine Erfahrungen mit Frauenvernetzung sind nicht durchgängig gut. Aber in Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen und auch innerparteilichen Situation finde ich Euer Vorhaben höchst wichtig. Ich will nicht, dass wir untereinander die männlichen Verhaltensweisen kopieren und Frauen, die sich engagieren, mit der oft vorhandenen Doppelt- und Dreifachbelastung stillschweigend oder gar hämisch grinsend allein gelassen werden. Ich fürchte, wir sind schon reichlich spät dran. Hoffentlich nicht zu spät, um den Prozess der Parteineubildung auch für einen erweiterten, fortschrittlicheren und weiblicheren Ansatz zu nutzen.“

150 Teilnehmerinnen kamen schließlich zum *Frauenplenum* nach Halle, aus Ost und West, aus verschiedenen Generationen, Berufen, es waren Funktions- und Mandatsträgerinnen aller Ebenen, Basisfrauen, nicht organisiert oder Mitglieder in feministischen und Parteien der Linken. Das *Frauenplenum* war eine Versammlung von Frauen einer Partei, die es noch nicht gibt. Hier tagte der weibliche Teil der Neuen Linken. Erarbeitet wurde z.B. der Antrag an die Parteitage von WASG und Linkspartei zur Mindestlohnkampagne „Armutslöhne und Frauenarmut – Wir brechen das Schweigen“ und die politische Erklärung „Brot und Rosen. Wir Frauen und die Neue Linke“.¹⁴ Mit der Politischen Erklärung etabliert sich das Frauenplenum als „Vernetzung und regelmäßig tagendes Gremium von Frauen aus Bewegungen, WASG und Linkspartei“. Das Plenum stellt fest: „Erstmals in der deutschen Geschichte haben wir die Chance, dass Männer und Frauen gleichberechtigt eine Partei der Linken gründen. Diese Chance wollen wir ergreifen.“

Zurzeit ist diese Willenserklärung noch einseitig. 30 Prozent weniger Stimmen von Frauen als von Männern für DIE LINKE im Westen bei den letzten Bundestagswahlen reichen als Warnsignal wohl noch nicht aus. In Rheinland-Pfalz war es noch schlimmer. Hier kandidierte die WASG zu den Landtagswahlen am 26. März und sank auf den schlechtesten Unterschied zwischen Männer- und Frauenstimmen aller Parteien – auf zwei Männerstimmen- kam nur eine Frauenstimme.

Im geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG ist unter vier Mitgliedern eine Frau (25 Prozent), im erweiterten Bundesvorstand sind vier Frauen und acht Männer (33 Prozent Frauen). Im Statut der Linkspartei sind autonome Frauenstrukturen verankert, für Ämter und Mandate gilt die 50 Prozent Mindestquotierung, sie wird eingehalten. Bundesweit sind 46 Prozent der Linkspartei-Mitglieder Frauen. Doch in den Landesverbänden sieht es ähnlich schlecht aus wie in der WASG mit einem Frauenanteil von etwas über 20 Prozent.

Auf dem Weg zu einer neuen Formmierung ist die Linkspartei dabei, ihre patriarchatskritischen Positionen abzuwerfen, Quote inklusive. Lothar Bisky, Parteivorsitzender, schreibt in einem Brief vom 19. Juni 2006 an die beiden Bundessprecherinnen von LISA, die „Steuerungsgruppe und die Arbeitsgruppen im Parteineubildungsprozess“¹⁵ sind „von unserer Seite im wesentlich quotiert“. Doch die Grundrechenarten beherrschen sogar Frauen. Von den fünf Gruppen ist eine 50 Prozent quotiert, in die anderen hat die Linkspartei zwischen 25 und 43 Prozent Frauen entsandt.¹⁶

Dies als „im wesentlichen quotiert“ zu bezeichnen, deutet auf eine beschränkte Wahrnehmung hin, auf einen „blinden Fleck“ in der „Frauenfrage“. Er hat seine Gründe sowohl im Osten als auch im Westen. Aus dem Westen kommen die männerbündischen Traditionen der Gewerkschaftspolitik, aus dem Osten die der Frauenpolitik in der DDR. „Unausgesprochen lag dieser Politik“, so Uta Schlegel auf dem *Frauenplenum*, „trotz konsequenterer Verfassungsregelungen als in Westdeutschland seit 1949 – ein patriarchaler Gleichstellungsbegriff zugrunde, nämlich die einseitige „Anhebung“/Annäherung weiblicher Lebenszusammenhänge. Insofern blieb ... das Männerrollenbild weitgehend unerschüttert – mit Folgen bis heute.“¹⁷

Alte Erkenntnisse wie diese erweisen nach den Um- und Aufbruchjahren der PDS in den 90er Jahren ihr Beharrungsvermögen, sie überlagern die relativ jüngere Patriarchatskritik. Ohne ein fundiertes Instrumentarium an Begriffen, Analysen und reflektierter sozialer Erfahrung werden sie hilflos oder blind gegenüber den neuen Strategien neoliberaler Frauen- und Gesellschaftspolitik.

Die Resonanz auf das *Frauenplenum* war unerwartet und unerhofft, bietet eine solche feministische Initiative doch dem Zeitgeist die Stirn. Ein Beispiel: Am 8. März dieses Jahres erscheint BILD als FrauenBILD. Vom Aufmacher bis zu den Sport-Seiten, alles Frauenwerk anlässlich des „Weltfrauentages“, so das Editorial. Bis dato war der Internationale Frauentag in Westdeutschland eher links besetzt. 1957 war der DFD, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, in Folge des KPD-Verbots ebenfalls verboten. Einer der Gründe: der Internationale Frauentag. Noch bis in die siebziger Jahre hinein war es sehr schwer, in den Gewerkschaften Aktionen zum Internationalen Frauentag durchzusetzen. Und jetzt das: Das rechtspopulistische Boulevard-Blatt erscheint am 8. März als FrauenBILD!

Dieses Beispiel zeigt die Trendwende zu neoliberaler Modernisierung. Schrankenlos in der Kapitalverwertung, sprengt sie nicht zuletzt die Schranke des Geschlechts. Seine Botschaft lautet, Frauen stehen alle Möglichkeiten offen, sie müssen sie nur ergreifen und eigenverantwortlich ausfüllen. Belege dafür finden sich. Wir haben jetzt eine Bundeskanzlerin, an der Spitze der Bundesstaatsanwaltschaft steht eine Frau. Das Familienministerium ist mit Ursula von der Leyen ideal besetzt. Von seinem Ballast „befreit“ sie, Ärztin und siebenfache Mutter, den politischen Konservatismus, der sich in der Geschichte der Bundesrepublik West aufs engste mit der Einernährerfamilie als Keimzelle des Staates verband, und sie erschließt die brachliegende Ressource der gutausgebildeten und flexiblen Frau als Arbeitskraft. Statt „Wahlfreiheit“ zwischen Familie und Beruf ist das neue Frauen-Leitbild jetzt die Vereinbarkeit. Seine Instrumente sind die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten oder das Elterngeld, das sich an der Lohnhöhe misst. Frauen sind sichtbar, sie haben mehr Rechte und Chancen als je zuvor in einem kapitalistischen Deutschland.

Das ist die eine Seite. In ihrer Euphorie übersehen auch Linke manchmal die andere, die dunkle Seite. Denn der entfesselte Kapitalismus entzieht erkämpften Gleichstellungsrechten den Boden. Während wenige verdienen, dient die große Mehrheit der Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen und frauenspezifischen Berufen. 80 Prozent der zu Armutslöhnen Beschäftigten sind Frauen. Frauenförderung fällt den Arbeitsmarktreformen weitestgehend zum Opfer. Hartz IV presst sie in „Bedarfsgemeinschaften“. Frauen geraten wieder in längst überwunden geglaubte Abhängigkeiten.

Diese Entwicklungen reflektiert die Linke durchaus als Spaltung von arm und reich – aber kaum als Ausdruck des Geschlechterwiderspruchs. Der ist unter den rasanten und bedrückenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse entfloht. In linkem Alltagsbewusstsein kommt es jetzt darauf an, Bereiche nachzubessern, in denen es mit der Gleichstellung noch hakt, ganz pragmatisch, nicht im Sinn von „Frauenthemen“ und

„Frauenpolitik“, die gelten eher als nervig und irgendwie von gestern. Auch viele linke Frauen profilieren sich lieber mit „Sachthemen“. Diese Tendenz hat sich mit der Aussicht auf eine neue Partei der Linken verstärkt nach dem Motto: Jetzt geht es nicht um Partikularinteressen (der Mehrheit der Bevölkerung!), jetzt geht es um das Große Ganze, um das historisch Neue!

Die Linke und ihre Gewissheiten

Einige der alten Gewissheiten erleben in der neuen Linken eine Renaissance. In den „Programmatischen Eckpunkten“ taucht die Aktualität der Klassengesellschaft wieder auf. Im „Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“ heißt die Alternative zur neoliberalen Privatisierung „gesellschaftliche, das heißt die staatliche und kommunale Verantwortung für Bildung und Gesundheit, für Wasser- und Energieversorgung, für Stadtentwicklung und Wohnen, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie für wichtige Teile der Kultur“.¹⁸

Die Sozialistin in der Feministin ist erfreut, die Feministin in der Sozialistin ungehalten. Sie fragt: Wo bleibt die Patriarchats-Kritik? Die stand bislang noch in jedem Programm der PDS, einschließlich der Wahlprogramme zu den Bundestagswahlen. Doch damit brechen die beiden programmatischen Skizzen der neuen Linken. In den zwei Texten wird die Geschlechterproblematik „behandelt wie in alten Zeiten, als die Frauenfrage ein Nebenwiderspruch war. Die Geschlechterfrage wird zum Frauenproblem gemacht, statt die Geschlechterhierarchie als Deformation unserer ganzen Gesellschaft zu begreifen...“¹⁹ War und ist Gleichstellungspolitik in feministischen und modernen linken Diskursen Mittel zum Ziel, Mittel zur Befreiung und Selbstbefreiung aus dem Patriarchat, wird sie hier vom Mittel zum Ziel; einem zwar kapitalismus-kritischen, aber patriarchatskonformen Ziel, wonach die Situation der Frauen sich ändern müsse, die der Männer nicht. Die argumentative Brücke zu dieser Uminterpretation ist die Einschätzung, es gäbe nur noch eine graduelle, keine strukturelle Benachteiligung des weiblichen Geschlechts mehr. In dieser Denkungsart wird die Frau zu einem defizitären Wesen, dem geholfen werden muss. „Das führt zu zweierlei: Erstens gerät aus dem Blick, dass die Männer Teil des Problems sind und zweitens werden Frauen erneut zu Objekten gemacht, diesmal der Befreiung, statt dass sie als Subjekte ihrer Selbstbefreiung auftreten.“²⁰

Im „Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“ sind die Geschlechterverhältnisse so kurz gestreift, dass die Passage komplett zitiert werden kann: „DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Frauenbewegung ist eine ihrer politischen Wurzeln. Deshalb streitet sie für soziale Sicherungssysteme, die von einem individuellen Rechtsanspruch ausgehen. Dieser soll auch für das Sozial-, Steuer- und

Arbeitsrecht gelten. DIE LINKE will die lohnpolitische Gleichstellung der Frau. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Deutschland deutlich weniger Lohn erhalten.“²¹

Ist Gleichstellung erst einmal reduziert auf Forderungen zu den sozialen Sicherungssystemen und Löhnen, geraten auch geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen aus dem Blick. So begrüßt z.B. Oskar Lafontaine in einem Interview mit der *ZEIT* (v. 9. Februar 2006) die Initiative der Großen Koalition, dass künftig die Kosten für Kinderbetreuung von der Steuer abgesetzt werden können. Er habe als „Finanzminister dafür gesorgt, dass solche private Beschäftigung absetzbar wurde. Die Idee ist richtig, auch familienpolitisch.“

Die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten aber ist Teil eines neoliberalen Konzepts. Sie spaltet die Frauen in Verdienende und Dienende. Gutbetuchte Familien werden staatliche geförderte Kleinunternehmen, Kinderbetreuung zu einer Privatinitiative. Der Bund zieht sich aus der Erziehung und Bildung zurück, den völlig überschuldeten Kommunen bleiben die KiTas, die schulische und universitäre Bildung überlässt er im Zuge der Föderalismus-Reform den Bundesländern, die sie nach Kassenlage und politischer Ideologie gestalten. Auch so wird Armut wieder von Generation zu Generation weitergegeben.

Die kämpferisch Kritik am Neoliberalismus von Teilen der Linken, Oskar Lafontaine gehört unbedingt dazu, hebt sich wohltuend ab von allzu seichter Einsicht in Sachzwänge, mit denen linke Politik heute in Kommunen, Landtagen und im Bund einen Umgang zu finden sucht. Doch der Neoliberalismus ist eben keine ökonomische Strategie der Herrschenden allein, worauf manche Linke ihn verkürzen, er ist ebenso ein ideologisches und kulturelles Konzept, er verändert Geschlechterverhältnisse. Aus den Erfahrungen der damaligen DDR wissen wir: „An den Grundfesten des Patriarchats zu rütteln, heißt, den Kapitalismus infrage zu stellen. An den Grundfesten des Kapitalismus zu rütteln, muß nicht heißen, das Patriarchat infrage zu stellen.“²²

So besehen, kittet der „blinde Fleck“ im Blick auf die Geschlechterverhältnisse kulturell das brüchige Rollenverständnis von Mann und Frau, politisch öffnet er die Tür zur Akzeptanz eines (weiblichen) Niedriglohnssektors und prekärer Beschäftigung, analytisch ignoriert er die feministische Kritik der politischen Ökonomie und strategisch pflegt er einen linken Konservatismus, der in den traditionellen sozialen Milieus Sicherheit versprechen mag, aber die neue Partei von Akteurinnen und Akteuren in anderen Milieus trennt; vor allem von sozialen Bewegungen für neue Formen der Demokratie und Selbstbestimmung, einer ökologischen und sozialen Lebensweise.

Diese Gefahr sehen linke Frauen. Die neue Linke ist ihnen zu wichtig, ums sie allein den Parteien WASG und Linkspartei zu überlassen – und allein den Männern. In der politischen Erklärung des *Frauenplenums* heisst

es: „Wir unterstreichen: Der Geschlechterwiderspruch ist dem Klassenwiderspruch nicht untergeordnet. Wir wollen die sozialen Frage in ihren konkreten Wechselwirkungen und Verschränkungen mit Ökologie, Frieden, Demokratie und dem Geschlechterwiderspruch erfassen. ...

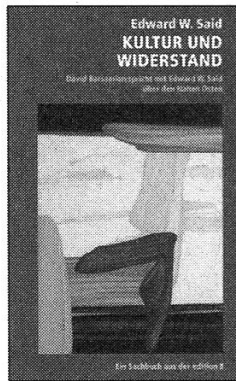
Wir wissen: Die Verändernden sollen nicht nur die Umstände, sondern auch sich selbst verändern, Männer wie Frauen. Ohne Selbstveränderung und Selbstermächtigung versandet die Befreiung.

Wir fordern: In der neuen Partei der Linken sollen Frauen und Männer mehr als nur formal gleichberechtigt sein. Die Partei muss in ihrer Kultur, Strategie, Politik und Organisation ihren patriarchalen Charakter überwinden, nur dann können wir glaubhaft in die Gesellschaft hineinwirken.“²³

Anmerkungen

- 1 www.linker-frauen-aufbruch.de
- 2 Ebd.
- 3 Website: www.linksfraktion.de
- 4 Sie haben neun stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sieben Frauen, zwei Männer.
- 5 Vereinbarung zur Parteibildung soll im Herbst unterzeichnet werden. Presseerklärung v. 7. Juni 2006, www.sozialisten.de/presse/presseerklarungen/view_html
- 6 Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. www.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/diskussion_programmatik/index.htm
- 7 www.sozialisten.de/sozialisten/nachrichten/view_html
- 8 www.einblick.dgb/archiv/9913/gf991306.htm
- 9 Dr. Uta Schlegel, Frauenpolitik der DDR – Erfolge und Folgen. Impulsreferat auf dem Frauenplenum, 28.04.06 in Halle; dort auch weitergehende Literaturhinweise. www.sozialistinnen.de/partei/strukturen/frauenplenum/index.htm
- 10 Jede Einzelheit hat seine Kehrseite. Einen Einblick in die Frauenpolitik und die Lage der Frauen in der DDR geben u.a. Ursula Schröter, Renate Ullrich: Patriarchat im Sozialismus? Texte 24 der rls 2005/09, Karl Dietz Verlag Berlin 2004.
- 11 Ebd.
- 12 Aufruf, Debatte, Materialien des Frauenplenums s. www.sozialistinnen.de/partei/strukturen/frauenplenum/index.htm
- 13 www.lisa-frauen.de
- 14 Materialien des Frauenplenums a.a.O.
- 15 Auf die zentrale Steuerungsgruppe und bislang vier paritätisch besetzte Arbeitsgruppen haben sich Linkspartei und WASG im „Kooperationsabkommen III“ v. 6. Dezember 2005 verständigt. http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/abkommen/view_html?zid=3150bs=1n=0
- 16 In der zentralen Steuerungsgruppe sind seitens der Linkspartei 43 Prozent Frauen (WASG 57 Prozent), in der Programmgruppe 33 Prozent (WASG 40 Prozent), Organisation und Statut 50 Prozent (WASG dito), Organisation und Finanzen 25 Prozent (WASG 0 Prozent), Internationales 33 Prozent (WASG 66 Prozent). S. <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/arbeitsgruppen/index.htm>
- 17 Uta Schlegel, a.a.O.
- 18 A.a.O.

- 19 Christel Buchinger: Behandelt wie in alten Zeiten. In: disput, Januar 2006, S. 8.
- 20 Ebd.
- 21 A.a.O.
- 22 Ursula Schröter: Die Frauen und die Zukunftsdebatte. Ein ostdeutscher Blick. In: Utopie kreativ, H.106 (August 1999), S.66-74. www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls-uploads/pdfs/106_schroeter.pdf
- 23 A.a.O.



Naher Osten

Edward W. Said: **Kultur und Widerstand**. Gespräche mit David Barsamian. Aus dem Englischen übersetzt von Michael Schiffmann, 208 S., Brosch., Fr. 26.–, ISBN 3-85990-109-5

Said spricht über so kontroverse Themen wie seine Identität als palästinensischer Araber, die Aussichten auf Befreiung und Versöhnung im Nahen Osten und die Wurzeln des internationalen Terrorismus. Seine detaillierte Analyse des so genannten israelisch-palästinensischen Friedensprozesses macht deutlich, warum dieser immer wieder scheitern muss,

solange er nicht zwischen gleichwertigen Partnern, sondern zwischen einer Kolonialmacht und einem besetzten, unterworfenen Volk geschlossen wird.

Edward Said erhält hier noch einmal Gelegenheit, seine von einem aufgeklärten Humanismus geprägte Vision einer säkularen, demokratischen Zukunft für den Nahen Osten und überall auf der Welt darzulegen.

In jeder Buchhandlung oder direkt: **edition 8**, Postfach 3522, 8021 Zürich, info@edition8.ch www.edition8.ch



Buchhandlung am Helvetiaplatz

Stauffacherstrasse 60

8026 Zürich 4

Telefon 01 241 42 32

Telefax 01 291 07 25

helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur

Von > Achternbusch bis > Zetkin